

**Kritik an der gemeinsamen Erklärung
„Der 7. Oktober und seine Folgen“ von
acht Gruppen (Kritische Kommunist:innen)**



**Stellungnahme von „Gegen die Strömung“
September 2024**

Kritik an der gemeinsamen Erklärung „Der 7. Oktober und seine Folgen“ von acht Gruppen (Kritische Kommunist:innen)

Liebe Mitglieder der acht Gruppen,

Zunächst eine kurze Vorbemerkung:

Wir haben Euer Positionspapier intensiv und mehrfach studiert, ausführlich diskutiert und finden viele Positionen völlig richtig, einige richtig, aber nicht ausreichend, aber es gibt auch große und prinzipielle Probleme. Am Ende Eures Papiers bittet Ihr ja um Diskussionsbeiträge. Wir hoffen dann auch auf eine Diskussion und eine Entgegnung/Antwort von Euch.

Wir senden unseren Diskussionsbeitrag und eure Erklärung auch an eine nicht geringe Zahl anderer antifaschistischer Gruppen, die sich klar gegen die faschistische Hamas und gegen die antijüdische Propaganda im Zusammenhang mit Israel positioniert haben, denn auch dort werden die von Euch aufgeworfenen Fragen diskutiert.

Wir hoffen sehr, wirklich sehr auf eine Diskussion mit euch, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Gruppen zur Diskussion aufrufen, aber dann nicht diskutieren, auf Einschätzungen einfach nicht eingehen. Das ist aus unserer Sicht ein ernstes Problem, auch bei den Gruppen, denen wir in der Einschätzung des 7. Oktober und seiner Folgen wirklich nahestehen.

Hier unsere Einschätzung, **erstens** zu den Positionen, die wir voll oder im Kern unterstützen, **zweitens** zu einigen Kritikpunkten an Euren Positionen, über die wir uns vielleicht doch bald einigen könnten, und **drittens** unsere Gegenposition zu einigen prinzipiellen Fragen in Eurem Papier.

I.

1. Es ist richtig und aus unserer Sicht besonders wichtig, dass Ihr euch gleich zu Beginn gegen die „**Instrumentalisierung**“, wie ihr schreibt, durch den deutschen Staat wendet, gegen eine angebliche Solidarität mit Israel und gegen eine angebliche Solidarität mit den jüdischen Gemeinden in Deutschland. Diese Pseudosolidarität aus durchsichtigen Motiven muss auch aus unserer Sicht bekämpft werden, nicht nur wegen ihrer Inkonsequenz, sondern auch weil sie als **Vorwand dient, um rassistische, deutschnationale Hetze zu forcieren und eine mörderische Abschiebep Praxis zu legitimieren**. Es ist in der Tat eine sehr wichtige Aufgabe, diese Manöver zu durchkreuzen. (Zu Eurem Punkt 1, 1. Absatz) 90% eurer Ausführungen unter Punkt 8 teilen wir. Was die absurderweise als „pro-palästinensisch“ bezeichneten Demonstrationen nach dem 7. Oktober betrifft, auf die ihr anspielt, so handelte es sich nach unserer Einschätzung eindeutig um faschistisch geführte Pro-Hamas-Demonstrationen. Das ist aber auch eine Frage der konkreten Analyse der einzelnen Demonstrationen.

Wir unterstützen insbesondere auch Eure Position, dass man nicht „**mit den Nationalist:innen in ein Horn stoßen**“ soll, die „**„den Islam‘ zum Feind erklären**.“ (In Eurem Punkt 6)

2. Wir finden eure Einschätzung der **Hamas**, ihrer **Mordaktionen am 7. Oktober** zusammen mit anderen Gruppen und Eure Einschätzung der Hamas-Diktatur im „Gaza-Streifen“ vor dem 7. Oktober sehr klar und richtig. (In euren Punkten 2 und 3)

3. Wir unterstützen voll und ganz Eure Feststellung, dass es typisch für die Gruppen ist, die die Hamas direkt oder indirekt unterstützen, dass sie zum klerikalfaschistischen **Regime im Iran** schweigen, einem Regime, das nicht nur im eigenen Land Massenmorde verübt, sondern auch die Hamas direkt und massiv materiell unterstützt. Typisch ist auch die fehlende Kritik an den **reaktionären arabischen Staaten**.

Wir möchten an dieser Stelle hinzufügen, dass es auch auffällig ist, dass die antijüdische Hetzkampagne von **Erdogan** für diese Gruppen kein Thema ist. Dies ist umso unerträglicher, als diese Erdogan-Kampagne auch hier in Deutschland bei hiesigen Erdogan-Anhängern großen Einfluss hat. Dies gilt umso mehr, als es auch in Deutschland eine Unterstützungsorganisation für das Erdogan-Regime in Form der **MHP (Graue Wölfe)** mit geschätzten 60.000 Mitgliedern gibt. Sie bedrohen nicht nur die Menschen, die die kurdische nationale Befreiungsbewegung unterstützen. Sie bedrohen alle, die sich für den Sturz der Diktatur im Iran einsetzen, eben auch die Genossinnen und Genossen, die hier in Deutschland solidarisch dafür kämpfen.

Die von Erdogan verhetzten Personen und die „Grauen Wölfe“ in Deutschland bedrohen auch massiv die Mitglieder der jüdischen Gemeinden hier in Deutschland, alle hier in Deutschland lebenden jüdischen Menschen, die diese Leute als Zielscheibe sehen. **Deren ohnehin bestehende massive Bedrohung durch deutsche Nazis wird dadurch noch verstärkt – siehe Halle**. (zu eurem Punkt 3, 4. Absatz)

4. Es ist in der Tat eine wichtige Aufgabe, die unerträglichen deutschen Vergleiche zu widerlegen, die immer wieder auftauchen: sei es der Verweis auf „Dresden“ oder das angebliche Unrecht gegenüber der deutschen Bevölkerung, die 1945 u.a. Polen, die Slowakei und Rumänien verlassen musste.

Unsere Position dazu ist folgende:

Woher kommt die Stärke der israelfeindlichen Strömung in Deutschland? Wie hängt sie mit dem deutschen Geschichtsrevisionismus zusammen? Das soll hier nur kurz

angedeutet werden. Ist es Zufall oder hat es nicht Methode, wenn in der Presse plötzlich das Stichwort Dresden fällt?

Es ist in jeder Hinsicht absurd, die historische Dimension der Bombardierung Dresdens durch die Streitkräfte der alliierten Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg, die historische Dimension des Kampfes gegen den Nazifaschismus in irgendeiner Weise mit der aktuellen Situation in Gaza in Verbindung zu bringen. Aber warum passiert es trotzdem?

Es gibt eine deutliche Parallele in der Argumentationsmethode:

Die Rechtmäßigkeit der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg wird seit Jahrzehnten und jedes Jahr aufs Neue mit dem Hinweis auf die Zahl der getöteten Zivilisten und Kinder in Frage gestellt, unterlegt mit in der Tat schrecklichen Bildern der Getöteten. Dabei geht es um die heuchlerische Gleichsetzung der Nazi-Kriegsführung mit der Kriegsführung der Anti-Hitler-Koalition nach dem Motto „die anderen haben ja auch“, um die deutsche Schuld zu relativieren.

Hier arbeiten nicht nur die offene Naziszene, sondern auch die an den klassischen Berliner Parteien plus AFD orientierten Kräfte ebenso mit Bildern von getöteten Kindern, um von der eigentlichen Frage abzulenken, wer die Verantwortung für die Bombardierung Dresdens trägt: nämlich der deutsche Nazifaschismus. Die Bestrebungen, die alliierten Kräfte der Anti-Hitler-Koalition und vor allem die Rote Armee mit der verbrecherischen nazifaschistischen Armee gleichzusetzen, setzen die Bilder toter Kinder ebenso methodisch und propagandistisch ein, wie dies heute weltweit mit den Bildern aus Gaza geschieht.

All diese Parallelen sind nichts Anderes als Geschichtsfälschung. Es ist uns auch sehr wichtig, dass Ihr darauf hinweist. (Wir würden sogar noch weitergehen und eine solche geschichtsrevisionistische Vergleichspropaganda als verbrecherisch bezeichnen.)

5. Wir teilen die Grundhaltung eures Punktes 4 über die **Funktion der Feindschaft gegenüber der jüdischen Bevölkerung**. (Wie heute leider üblich, nennt ihr das Ganze „Antisemitismus“, obwohl das die Selbstbezeichnung einer antijüdischen Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts war und unserer Meinung nach eine irreführende Selbstbezeichnung der Feinde der jüdischen Bevölkerung ist. Aber das ist hier nebensächlich. Wir verwenden diesen Begriff nicht mehr).

Auch wenn wir an manchen Stellen sprachlich nicht mithalten können, unterstützen wir voll und ganz die Kritik an der Verschwörungsideologie einer angeblichen „jüdischen Weltherrschaft“. Denn der Kern der antijüdischen Ideologie ist neben Diskriminierung, Unterdrückung und Vertreibung die Vernichtung aller Juden.

Wir teilen Eure Einschätzung, dass Aufklärung zwar notwendig ist, aber Aufklärung allein nicht ausreicht, sondern dass die tiefer liegenden gesellschaftlichen Ursachen, genauer: die Mechanismen einer kapitalistischen

Ideologie und Politik, aufgedeckt, bekämpft und zerschlagen werden müssen – wie der Kapitalismus selbst, um es deutlich zu sagen (zu eurem Punkt 4).

6. Auf die in Eurem Punkt Fünf enthaltene Position, soweit wir sie insbesondere unter 5.1. Nicht teilen, kommen wir später zurück. Zunächst aber wollen wir – unabhängig von der Sprache, die doch sehr eine Flucht in die Allgemeinheit soziologischer Begriffe beinhaltet – festhalten, dass wir auch die sogenannte „Postkoloniale Bewegung“ (Bei euch Punkt 5.2) – bei aller berechtigten Kritik dieser Bewegung an der Tradition und Gegenwart realer kolonialer Verhältnisse – keinesfalls unterstützen oder entschuldigen, wenn von deutschnationaler Hetze und rassistischer Hetze Betroffene völlig falsche Ansichten über Israel, – und über die Shoah und über das „Jüdische“ äußern. Dies gilt, es sei nochmals betont, ausdrücklich auch für alle selbst von deutschnationalem Rassismus Betroffenen. Denn: Was falsch ist, ist falsch, es geht in erster Linie darum, was gesagt wird und nicht darum, wer es sagt.

In dieser Grundhaltung sind wir uns sicher einig.

II.

Wir kommen nun zu einer Reihe von Fragen und Kritikpunkten, von denen wir annehmen, dass wir in der Diskussion vielleicht doch noch zu einem gemeinsamen Formulierungsvorschlag kommen können. Genauer können wir das erst beurteilen, wenn und nachdem wir diese Punkte diskutiert haben.

1. Wir denken, es muss klar ausgesprochen werden: Die Verantwortung der Hamas für die elende Lage der Zivilbevölkerung in Gaza ist entscheidend

Ihr schreibt: „**Wir trauern um die Toten und sind solidarisch mit der not leidenden Bevölkerung Gazas**“ (Euer Punkt 1, 2. Absatz). Mehr nicht.

Nun, wir meinen zu verstehen, worauf ihr hinauswollt – und es sicherlich keinesfalls falsch, auf die reale Lage in Gaza heute hinzuweisen. Aber es geht um die **Benennung der Ursachen** und auch um Ton und Stil.

Unsere Position dazu ist: Ja, die Lage der Zivilbevölkerung in Gaza ist elend. Es gibt viele Tote, viele Verletzte und eine äußerst prekäre Versorgungslage. Diese elende Lage ist unbestreitbar, aber die entscheidende Frage ist: Wer ist dafür verantwortlich?

Die Frage der Verantwortung hat zwei Seiten. Erstens ist es unbestreitbar, dass das militärische Eingreifen der israelischen Armee in Gaza als Reaktion der israelischen Armee auf die faschistischen Angriffe der Hamas ausgelöst wurde, die heuchlerisch von der „Befreiung des palästinensischen Volkes“ spricht. Die Hamas hat diese Etappe des Krieges gegen die israelische Bevölkerung und den Staat Israel in dem Bewusstsein begonnen, dass die israelische Armee eine solche Kriegserklärung beantworten wird.

Das ist die erste und grundlegende Antwort auf die Frage, wer für das Elend der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen verantwortlich ist. Ein zweiter wesentlicher Aspekt kommt hinzu:

Die grundlegende Methode der Hamas-Söldner besteht darin, die eigene Zivilbevölkerung bewusst als Schutzschild für die eigenen bewaffneten Kräfte einzusetzen. Dabei wird der Tod der Zivilbevölkerung bewusst einkalkuliert.

Diese Vorgehensweise hat Isamil Haniyeh, der bis zu seinem Tod Anfang August 2024 (durch einen präzise geplanten Bombenanschlag in Teheran) der politische Anführer der Hamas war, schon am 26.10.2023 im Fernsehen recht offen öffentlich formuliert:

„Ich habe es schon einmal gesagt und ich sage es immer wieder: Das Blut der Frauen, der Kinder und der Alten... Ich sage nicht, dass dieses Blut nach eurer Hilfe ruft. Wir sind diejenigen, die dieses Blut brauchen,...damit es in uns die Entschlossenheit weckt, damit es in uns den Geist der Herausforderung weckt und uns antreibt, vorwärts zu gehen.“ (Mayadeen Network, Libanon, 26.10.2023)

Ganz bewusst werden Raketen und Waffenlager in Schulen, Moscheen und Krankenhäusern versteckt. Ganz bewusst mischen sich Hamas-Söldner unter die Zivilbevölkerung auf der Straße, in Wohnhäusern, Krankenhäusern usw. Ganz bewusst wurde auch das Tunnelsystem der Hamas vor allem auch unter Wohngebieten gebaut. Das ist die konkrete Hauptursache dafür, dass es so viele Tote unter der Zivilbevölkerung gibt. **Die Verantwortung dafür liegt eindeutig bei der Hamas.**

Wenn das nicht klar benannt wird, bekommt die Darstellung eine gefährliche Schiefelage, die in die Richtung geht, dann doch, (obwohl ihr das einleitend ablehnt) der israelischen Armee „militärtaktische Ratschläge“ zu geben (bei euch Punkt 1, 2. Absatz). Die Kritik ist also, dass bei euch fehlt: Die elende Lage der Zivilbevölkerung in Gaza, unabhängig davon, ob sie in Teilen die Politik der Hamas unterstützt oder nicht, ist die Folge des bewusst kalkulierten Vorgehens der Hamas-Söldner.

2. „Islamismus“? Die Falle der impliziten Behauptung „Es geht um den Islam“.

Wie gesagt: Wie unterstützen insbesondere auch Eure Position, dass man nicht „mit den Nationalistinnen in ein Horn stoßen“ soll, die „...den Islam‘ zum Feind erklären“ (in Eurem Punkt 6, 3. Absatz). Wir gehen etwas länger auf die Frage ein, weil ihr deutlich gemacht habt, dass ihr in der Stoßrichtung nicht gegen die Religion des Islam vorgehen wollt. Wir gehen auch etwas länger auf diesen Punkt ein, gerade weil wir glauben, dass wir hier nicht so weit auseinanderliegen, wie es den Anschein hat.

Ja, der Islam ist nicht der Feind. Gerade deshalb haben wir ein großes Problem mit dem allgegenwärtigen Begriff „Islamismus“. Wir sind keine Begriffsfetischisten, wenn ein Begriff verwendet wird, der uns falsch erscheint, machen wir nicht gleich „dicht“, sondern hoffen

auf eine Reflexion durch Diskussion. Bei den Begriffen „Islamismus“ und „Islamisten“ gibt es ein **grundsätzliches Problem** mit der Verwendung von **Eigennamen von Feinden** und ein **spezielles Problem mit der Verwendung von religiösen** Begriffen und Kategorien.

Grundsätzlich gilt, dass sich reaktionäre, insbesondere konterrevolutionäre politische Bewegungen aus Gründen der Eigenwerbung selbst einen Namen geben, der nicht der Wahrheit dient, sondern ihren wirklichen Charakter verschleiern soll und verschleiert, eben ihrer Propaganda dient. Der IS nennt sich „Islamischer Staat“, die Hamas bezeichnet sich lügnerisch als „Islamische Widerstandsbewegung“.

Aktuell werden Pro-Hamas Aktionen völlig falsch als „propalästinensische Demonstrationen“ bezeichnet. Gerade in Berichten und Reden von jüdischen Anti-Hamas-Aktivisten über solche Aktionen werden sie daher zu Recht als **vorgeblich** „propalästinensisch“ bezeichnet. Auch hier gilt: Bitte nicht einfach die Selbstbezeichnungen der Feinde übernehmen, denn damit unterstützt man gewollt oder ungewollt deren Eigenpropaganda.

Das zeigt auch die Geschichte:

Die Nazis nannten sich nicht umsonst „Nationalsozialisten“. Das gehörte zu ihrer Propagandataktik wie das Rot in der Parteifahne. Und wer sie damals bekämpfte, benutzte auch nicht ohne Grund den Begriff „Nazis“ statt „Nationalsozialisten“, eben mit einer **klaren Wertung**.

Und um es vorwegzunehmen: Bestimmte Organisationen bezeichnen sich bewusst als „kommunistisch“, um ihren Antikommunismus zu verschleiern. Das ist Täuschung mit Begriffen, die auf Massenbeeinflussung berechnet sind. Auch hier gilt: Nicht jede Selbstbezeichnung kritiklos übernehmen, sondern hinterfragen. Das gilt übrigens auch für den Begriff „linke Gruppen“ etc. Wer die Hamas unterstützt, ist einfach nicht „links“, kann nicht „links“ sein.

Selbstbezeichnungen und Selbstzuschreibungen

Durch die ständige Verwendung der Selbstbezeichnung und Selbstzuschreibung – sei es scheinbar sachlich beschreibend oder weil es „alle so machen“ – wird bewusst – oder meist auch unbewusst - kostenlose Werbung für die betrügerischen Organisationen betrieben.

Am offensichtlichsten ist das bei der Selbstbezeichnung von den faschistischen und konterrevolutionären Mördertruppen des Iran, die sich selbst als sogenannte „Revolutionsgarden“ bezeichnen. Nicht nur bürgerliche Medien übernehmen diesen Begriff. Sich als links verstehende Kräfte fallen auf die Tarnung herein, benutzen diesen Begriff und betreiben damit objektiv oft gegen ihre eigene Intention Werbung für diese konterrevolutionären und faschistischen Kräfte.

Dies gilt in vollem Umfang auch für die Verwendung des Begriffs „Islamisten“, der von der Selbstdarstellung und Selbstzuschreibung solcher faschistischer Gruppen ausgeht, die sich eben zur Täuschung der Menschen auf den „Islam“ berufen.

Die Hamas, die Hisbollah, der IS, Erdogan und Co, das Regime im Iran – sie alle propagieren millionenfach, dass es angeblich um die Religion des Islam geht. Das ist neben der angeblichen Unterstützung Palästinas eines ihrer Hauptmanöver. Unter Berufung auf die Religion hetzen sie Millionen von Menschen auf, nutzen den klerikalen Apparat dazu.

Zurück zur Frage der Instrumentalisierung der Religion für politische Ziele, sei es das Christentum oder der Islam.

Es sei nur kurz daran erinnert: Die Nutzung der Religion für die politischen Ziele der Herrschenden zeigte sich historisch am deutlichsten an der **Nutzung des Christentums**. Die mörderischen Kreuzzüge unter der Flagge des Christentums mit ihren Mordaktionen gegen die religiös geprägte jüdische und islamische Bevölkerung sind ein besonders eindrückliches Beispiel. Und schon vergessen: Auch die Nazis segelten unter „christlicher“ Flagge, unter der Flagge der „Deutschen Christen“, unter der Flagge der Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ gegen das „Weltjudentum“ und gegen den „asiatischen Bolschewismus“. Das geschah, weil es effektiv war, weil es eine moralische Färbung versprach, weil es funktionierte. Ja, es gibt eine Reihe von antijüdischen Passagen in den „Evangelien“ (aus Werbegründen „Neues Testament“ genannt), ganz zu schweigen von Martin Luther. (Wir kommen gleich zum Koran). Aber die Ideologie und Politik der Nazis aus der „Bibel“ zu erklären, verschleiert die politische Dimension der Nazi-Massenbewegung, die Nazis als „Christianisten“ zu bezeichnen, war und ist abwegig. In Deutschland war übrigens der Anteil des deutschen Nationalismus, der Judenfeindlichkeit, des Rassismus und des Militarismus an der Nazi-Ideologie viel wichtiger.

Die Schüler Goebbels' und seiner geschulten Propagandisten studierten zunächst genau die Propagandatechnik der Nazis, vor allem im arabischen Raum. Sie stellten sich die Frage: Wie sind die Massen vorgeprägt, an welchen Punkten können, ja müssen wir anknüpfen, um unsere Politik durchzusetzen? Und die Antwort lag auf der Hand: An den Islam anknüpfen, die judenfeindlichen Stellen im Koran herausstellen, sich als Verteidiger des Islam gegen eine angeblich geplante Vernichtung des Islam darstellen! Das war die Anpassung der Goebbels-Methoden unter anderen Bedingungen.

Angefangen von der „Muslimbruderschaft“ über den Großmufti von Jerusalem bis hin zu Al Qaida, dem IS als „Islamischem Staat“ und heute vor allem dem Regime im Iran, Hisbollah, Hamas etc. – sie alle arbeiten mit großem Erfolg mit dem „Islam“ als Aushängeschild. Und alle, die ständig von „Islamismus“ und „Islamisten“ reden und schreiben, akzeptieren (mit Einschränkungen) diese Eigenreklame der faschistischen Gruppen.

Die Einschränkung ist das angehängte „ismus“. Von Universitätsmenschen und Politikprofis wird dann erläutert, dass durch den „ismus“ eben nicht der Islam und an ihn glaubende Personen gemeint seien, sondern nur, „die Islamisten“. Per abstrakter „Definition“ wird also das

Problem angeblich aus der Welt geschafft, dass vom Wortstamm her auch psychologisch gesehen keine Unterscheidung vorgenommen wird, **wer eigentlich nicht gemeint ist**. Der großen Masse der sich als islamgläubig verstehenden Menschen weltweit wird durch den propagierten Kampf gegen den „Islamismus“ doch recht einprägsam vermittelt, dass es sich doch um einen Kampf gegen ihren Glauben und damit um einen Kampf gegen sie handelt.

Der Verweis auf irgendwelche Definitionen und dass es „so“ nicht gemeint sei, hilft wenig, meist gar nicht. In Wirklichkeit wird in die aufgestellte Falle getappt. Genau das wollten diese faschistischen Organisationen, die sich auf den Islam berufen.

Die Verwendung der Begriffe „Islamisten“ und „Islamismus“ ist daher nicht nur wenig hilfreich, sondern unserer Meinung und Einschätzung nach gerade in der weltweiten Dimension äußerst schädlich.

Und die deutsche Dimension? „Nicht der Islam ist der Feind“. Genau. Und in Deutschland kommt noch das speziell zu analysierende Moment hinzu, dass es eine anhaltende rassistisch gefärbte deutschnational geprägte Kampagne von AFD bis Wagenknecht gegen die nicht-christliche Bevölkerung insbesondere aus den arabischen Staaten und der Türkei gibt, die eben angeblich „nicht dazugehören“, raus müssen, in Abschiebehaft genommen und abgeschoben werden sollen - und gleichzeitig von Nazis mit Brandanschlägen und Mordaktionen überzogen werden.

Um es kurz zu machen, es geht um Politik und nicht um Religion.

Das hat jetzt etwas gedauert. Es ist uns ein Anliegen, diesen Punkt zu diskutieren und zu klären, zumal Ihr völlig zu Recht darauf hinweist, dass die faschistischen Gruppen, die sich in Deutschland auf den Islam berufen, auch von der „Antifa“, wo es sie gibt, kaum wirklich angegriffen werden. Das gilt auch für die „Deckung“, die solche Gruppen als Infrastruktur vor allem in den von der Türkei und dem Iran finanzierten, sich religiös definierenden „Dachverbänden“ und einzelnen Moscheen finden, die als Geheimdienstzentralen des Iran und der Türkei genutzt werden. In diesem Punkt sind wir uns wirklich einig.

III.

Es wäre einfach hier erst einmal aufzuhören. Aber das geht nicht. Denn es gibt auch eine aus unserer Sicht antikommunistisch gefärbte pauschale Kritik an Lenin, auf die wir eingehen wollen und müssen.

Was bedeutet es, sich als Kommunist:innen zu bezeichnen?

1. Solidarität und Grenzen der Solidarität im Rückblick

Halten wir zunächst fest: Ein Teil der Schwierigkeiten besteht sicher auch darin, dass sich von Generation zu Generation und von Land zu Land die Bedeutung von Begriffen ändert.

Kommunist war früher in weiten Kreisen eine Ehrenbezeichnung und kein Schimpfwort, wie es heute noch in Deutschland der Fall ist, übrigens anders als in Italien und Frankreich, obwohl sich da auch einiges geändert hat.

Viele Gruppen haben unterschiedliche Erfahrungen, arbeiten unterschiedlich lange und das wollen wir berücksichtigen.

Kurz zu uns: Dass wir gegen die antijüdische Ideologie, gegen die bestehende politische Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung in Wort und Tat kämpfen, ist aus unseren Stellungnahmen sicher leicht zu entnehmen. Dabei haben wir uns seit vielen Jahren auch mit dem Kampf gegen antijüdische Strömungen, mit ihren Erfolgen und Fehlern, mit der demokratischen und humanistischen Bewegung vor 1848 und dann mit dem Kampf der proletarischen Bewegung, mit ihren Erfolgen und Fehlern beschäftigt. Dies erschien uns auch aus selbstkritischen Gründen notwendig, denn wir waren und sind (bei aller Solidarität mit der zunächst sozialdemokratischen, dann kommunistischen Bewegung und Organisationen) nicht blind dafür, dass es in dem so wichtigen gemeinsamen solidarischen Kampf der revolutionären Kräfte in Deutschland mit der jüdischen Bevölkerung von Marx, Engels und dann Bebel bis zu den Konzentrationslagern und Vernichtungszentren auch schwere Denkfehler und falsche Handlungen gegeben hat.

Selbstkritik sollte unseres Erachtens wie jede kommunistische Kritik einerseits „schonungslos“ an der Sache orientiert sein, andererseits aber in die Tiefe gehen, nicht an der Oberfläche bleiben, sich mit den Ursachen und Umständen von Fehlentwicklungen auseinandersetzen und klare Gegenpositionen entwickeln. Auf der anderen Seite waren es, wie gesagt, spätestens ab 1933, dann in den KZs und mörderischen Vernichtungszentren in Polen, in einem Kampf auf Leben und Tod, auch Fehler der kämpfenden Menschen. Wir fühlen uns solidarisch mit allen, die gekämpft haben, um dem Nazifaschismus das Genick zu brechen, und verteidigen diesen Kampf gegen antikommunistische Angriffe. Es war ein Kampf, der mit vielen Millionen ermordeten antinazistischen, aber auch kommunistischen Genoss*innen vor allem in Osteuropa, in der Sowjetunion, aber auch in Frankreich, Belgien, Italien und anderen Ländern, auch in Deutschland, wenn auch in wesentlich geringerer Zahl, dokumentiert ist.

Das ist euch möglicherweise zu pathetisch oder zu emotional. Aber wir wollten es trotzdem voranschicken.

Dabei gibt es eine **Grenze der Solidarität**, weil sich aus unserer Sicht in verschiedenen Zeitabschnitten in verschiedenen Ländern trotz aller Fehler aus ehemals wirklich kämpferischen kommunistischen Bewegungen und Parteien aus unterschiedlichen Gründen wirklich **konterrevolutionäre** Bewegungen und Organisationen entwickelt haben, die trotz aller Tarnung mit kommunistischen Phrasen im Kern dann nichts, aber auch gar nichts mehr (außer Worthülsen) mit der früheren revolutionären kommunistischen Tradition, nichts mehr mit der

Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus zu tun haben.

Dies zeigte sich, um beim Thema zu bleiben, deutlich an der Haltung der Sowjetunion zur Zeit Breschnews, die ab 1967 unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Zionismus“ die richtige Linie der Sowjetunion von 1948 zur Gründung Israels und ihre Unterstützung des Kampfes der jüdischen Bevölkerung Israels gegen die Aggression der sieben arabischen Staaten gegen den gerade gegründeten jüdischen Staat mit Füßen trat. Hier durfte es keinen Funken von Solidarität mehr geben, zumal die Sowjetunion mit dem Einmarsch in die Tschechoslowakei (1968) bewiesen hatte, dass sie sich in eine imperialistische Großmacht verwandelt hatte, die in Konkurrenz zu den westlichen Großmächten stand.

2. Fragen der Bedeutung des Antikommunismus heute

Eine Wurzel unserer unterschiedlichen Positionen liegt wahrscheinlich in der Einschätzung (genauer: unserer Einschätzung, eure Einschätzung ist uns noch nicht ganz klar) der **Praxis** der kommunistischen Kräfte und Organisationen vor, während und unmittelbar nach der Nazizeit. Hier ist aus unserer Sicht das Lernen einschließlich der Kritik im solidarischen Rahmen wesentlich. Oft geht es auch um zahllose historische Fragen, die kompliziert sind, wo antikommunistische „linke“ Bücher aus dem Wissenschaftsbetrieb mit primitiven, kritiklosen Verherrlichungen und Verfälschungen konkurrieren, wo reaktionäre „Zeitzeugen“ auch dies und jenes lügenhaft berichten, wo wesentliche Dokumente vielleicht gar nicht existieren usw. Es ist sicher notwendig, sich da durchzukämpfen. Es ist sicher notwendig, sich damit auseinander zu setzen. Aber in der Regel sind solche Auseinandersetzungen nach unserer Erfahrung nicht der Schlüssel, um zu einer gemeinsamen inhaltlichen Position zu kommen. Hier ist es schon sehr hilfreich, wenn grundsätzlich der Kampf gegen den Antikommunismus in Geschichte und Gegenwart als notwendige Aufgabe angesehen und angegangen wird.

3. Leninismus

Hier besteht offensichtlich eine grundsätzliche Differenz, wie aus der Überschrift und dem Inhalt des Abschnitts 5.2 „Der autoritäre (Neo-)Leninismus“ deutlich wird.

Vielleicht können wir damit beginnen: Ja, es gibt Gruppen, die sich auf Lenin, auf Stalin oder auch auf Mao-Tse-Tung berufen und sich als „Kommunisten“ bezeichnen, mit all den unerträglichen, fürchterlichen Fehlern, die ihr beschrieben habt. Dazu gehören auch Gruppen, die sich selbst als „antiimperialistisch“ bezeichnen. Dazu gehören sicherlich die MLPD, die Kommunistische Organisation und eine Reihe anderer Organisationen und Gruppen.

Aber das hat nun wirklich nichts, um den ersten Kritikpunkt aufzugreifen, mit Lenins „Imperialismusbegriff“ (5.1, Punkt 1) zu tun. Ihr schreibt ja auch teilweise vorsichtig „geht einher“ (5.1, Punkt 1), so dass eben nicht

klar wird, was Lenin ist und was eine Verfälschung der Positionen Lenins durch bestimmte Gruppen beinhaltet, die wir oben genannt haben.

Gehen wir die Punkte durch.

a) Geht es Lenin mit seinem **Imperialismusbegriff** um eine „Willkürherrschaft der Monopole“? Nein, Lenin beschreibt sehr deutlich, dass es gesellschaftliche, ökonomische und politische Zwänge sind, die die Akteure des monopolistischen Großkapitals mit der herrschenden Klasse insgesamt in heftige Kämpfe bis hin zu imperialistischen Kriegen treiben. Die weitere Diskussion sollte sich dann am Text von Lenin orientieren und nicht an den Aussagen irgendwelcher Gruppen, die sich auf Lenin berufen.

b) Gab es zur Zeit Lenins schon Positionen, die den Begriff „**Finanzkapital**“ (bei Lenin eindeutig nicht nur die Banken, sondern die Verschmelzung des Industriekapitals mit dem Bankkapital!) so interpretierten, als ginge es jetzt vor allem um die „Zirkulation“ und nicht vor allem um die Produktion, wo der Mehrwert durch die Ausbeutung des Proletariats geschaffen wird? Ja, das hat es gegeben. Ein SPD-Mitglied und späterer „Vaterlandsverteidiger“ namens Hilferding hat ein Buch „Das Finanzkapital“ geschrieben, das Lenin aufgrund der zusammengetragenen Fakten zwar auswertet, aber ausdrücklich kritisiert, weil Hilferding (ähnlich wie heute Attac etc.) sich ganz auf die Zirkulation konzentriert. Die Nazis haben daraus das „raffende“ (jüdische) und das „schaffende“ („arisch-deutsche“) Kapital konstruiert. Ja, es gibt Gruppen, die diese Kritik Lenins an Hilferding unterschlagen und fälschlicherweise unter Berufung auf Lenin die Zirkulation zur Hauptsache machen, antijüdischen Behauptungen vom „jüdischen Weltkapital“ den Weg ebneten oder sogar selbst Ähnliches propagieren. Ja, solche Anti-Leninisten, die sich auf Lenin berufen, haben es geschafft, dass heute wirklich viele unter „Finanzkapital“ nur die Banken verstehen. Das ist in der Tat zu berücksichtigen.

c) Zur Wandlung des Begriffs „**parasitär**“ zum **antijüdischen Kampfbegriff**: Ein zweiter sozialdemokratisch-reaktionärer Wissenschaftler hatte vor Hilferding ein Buch über den „Imperialismus“ veröffentlicht. Er hieß John A. Hobson. Auch Lenin hat die Fülle der darin enthaltenen Fakten ausgewertet. Hobson war ein bekennender antijüdischer Hetzer, der die englische Regierung als „im Griff der Juden“ bezeichnete, in seinem Buch die Weltherrschaft einer „bestimmten Rasse“ behauptete usw. Das hat Lenin natürlich nicht übernommen. Hier liegt eine Wurzel des antijüdischen Denkens in der Wissenschaft, der Mann heißt Hobson und nicht Lenin. Lenin war zeitlebens ein Vorkämpfer gegen alle Formen antijüdischer Hetze und Politik.

Gleichzeitig beschrieb dieser Hobson übrigens einerseits die verbrecherische Kolonialpolitik und andererseits den unendlichen Reichtum, der aus der Ausbeutung der kolonial unterdrückten Bevölkerung in den Kolonien gewonnen wurde. Das hat Lenin analysiert. Und es ist wahr. Die herrschende Klasse besteht auch heute noch

aus den Akteuren der großen internationalen Konzerne, aus Milliardären und aus Spitzenfunktionären des Staatsapparats. Über deren Existenz werden in China, Indien, den USA und auch in Deutschland hier und da Rankingtabellen veröffentlicht, nach dem Motto „Das ist schlimm, aber da kann man nichts machen“. Das Leben dieser Menschen und ihrer Familien auf Kosten der Ausbeuteten und Unterdrückten wurde früher, auch unabhängig von Lenin, als „parasitär“ bezeichnet. Die Ausbeuter nannte man „Blutsauger“ usw. Spätestens seit dem Nazifaschismus wurden solche Begriffe millionenfach in einen antijüdischen Kontext gestellt. Gerade auch „parasitär“ wurde zu einem Codewort der antijüdischen Hetze und zu einem ideologischen Begriff zur Rechtfertigung der Verfolgung, Beraubung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Das ist nun wirklich nicht Lenins Schuld. Trotzdem ist klar: der Begriff ist heute auf keinen Fall zu verwenden.

Und so könnten wir jetzt weiter vorgehen.

Ja es gibt eine antimarxistische „Neigung zur Personalisierung“, ja es gibt eine „Fetischisierung“ des „werk tätigen Volkes“, des „deutschen Arbeiters“ usw., ja es gibt eine vereinfachte Darstellung als gäbe es nur noch den Gegensatz zwischen dem unterdrückenden Norden und dem unterdrückten Süden. Ja es gibt mehr als genug einen „unkritisch positiven Bezug zur Nation“. Aber noch einmal: Weil es Gruppen gibt, die sich „leninistisch“ nennen, geht ihr ihnen auf den Leim und behauptet, all diese Positionen seien die Positionen Lenins? Wir sind nicht einverstanden. Und auch Lenin oder Stalin haben nichts damit zu tun, dass Gruppen die sich auf diese Personen beziehen, Palästina „als das unterdrückte Volk schlechthin“ betrachten. Wir bleiben dabei: Es ist falsch, aus Positionen irgendwelcher pseudolinker Gruppen, die sich auf Lenin berufen, den Kurzschluss zu ziehen, „Lenin“ sei an allem reaktionären Unsinn solcher Gruppen schuld. Ihr wollt auch Fragen, schreibt ihr am Ende. Jetzt fragen wir euch: Welche Belege habt ihr für eure Kritik an Lenin?

4. „Nationale Frage“ und „Sozialismus in einem Land“

In Bezug auf die „nationale Frage“ findet sich bei euch wiederum eine unklare indirekte Polemik gegen Lenin und Stalin. Diese richtet sich der Sache nach gegen die Verfälscher Lenins und Stalins, die ihr aber Stalin unterschiebt, wenn ihr behauptet, dass deren

„Auffassung fußt wiederum im unkritisch positiven Bezug zur Nation, den Stalin und viele realsozialistische Projekte nach ihm mit der Vorstellung von ‚Sozialismus in einem Land‘ propagierten.“ (Euer Papier, Punkt 5.1, Punkt 2 und 3)

Für eine Diskussion können wir nur einige Punkte kurz anreißen. „Unkritisch“ ist immer schlecht, aber kritisch kann auch der Deckmantel für antikommunistische Positionen sein. Das muss konkret untersucht werden. Wir stellen daher unsere Position in Thesenform dar und fragen euch, ob ihr dem zustimmen könnt.

Thesen zur Nationalen Frage gegen die Positionen der acht Gruppen

Wir verstehen sehr wohl, dass der Nationalismus heute in den meisten Ländern der Welt eine sehr üble Rolle spielt, um die Massen aufzuhetzen, das „Teile und Herrsche“ durchzusetzen und die Klassegegensätze in einem Land zu verschleiern. Der Kampf gegen diesen reaktionären Nationalismus muss in jedem Land geführt werden, wo es ihn gibt - gerade auch in Deutschland. Dazu gehört aber auch:

1. Innerhalb Deutschlands: Die brutale Einheit der deutschen Nation 1871 (Krieg gegen Österreich, Dänemark und Frankreich), die unter Führung Bismarcks geschaffen wurde, hat deutlich gemacht, dass die Bildung einer deutschen Nation längst abgeschlossen war, dass es vielmehr innerhalb Deutschlands nationale Minderheiten gab, die polnische, die dänische und in Elsass-Lothringen die französische Minderheit, die das Recht hatten, gegen die Unterdrückung ihrer Sprache und für ihre nationalen Rechte zu kämpfen – bis hin zur Loslösung vom „Deutschen Reich“! Wäre dieser Kampf abgelehnt worden, so wäre dies nur ein Reflex des damaligen preußisch-deutschen Chauvinismus, des deutschen Nationalismus gewesen, der unter dem Deckmantel des Internationalismus das Recht auf Nationalität und nationale Kultur dieser und anderer Minderheiten im Deutschen Reich (sorbische Bevölkerung, jüdische Bevölkerung sowie Sinti und Roma) abgelehnt hätte.

2. Der Kampf gegen den **deutschen Kolonialismus** seitens der in jeder Hinsicht kolonial unterdrückten Bevölkerung Afrikas war richtig und gerecht. Es war auch ihr gutes Recht, nicht nur den bewaffneten Kampf zu führen, sondern in diesem Kampf auch über einen eigenen Staat nachzudenken und einen solchen anzustreben. Wenn das als reaktionärer Nationalismus diffamiert wird, dann ist das sehr deutlich zu kritisieren. Denn wir sind der Meinung, dass es ein Selbstbestimmungsrecht für die von Kolonialismus und Imperialismus unterdrückten Völker gibt.

3. Zum **Nazifaschismus:** Nachdem die deutsche Nazi-Armee eine Reihe von Ländern überfallen und besetzt hatte, wie Polen, Belgien, Frankreich, Jugoslawien, Griechenland usw., dort gemordet und geraubt, die jüdische Bevölkerung deportiert hatte, war es klar und richtig, dass in diesen besetzten Ländern auch die Frage der nationalen Unterdrückung ein wesentliches Thema war, um den Kampf gegen den deutschen Imperialismus, den deutschen Nazifaschismus zu führen. Wer z.B. den Kampf der griechischen Befreiungsbewegung als reaktionär-nationalistisch diffamiert, der versteht eben nicht, dass ein ganzes Land, eben eine Nation, die griechische Nation, unterdrückt wurde. Deshalb war der Kampf um die Befreiung Griechenlands ein nationaler Befreiungskampf, in dem sich zeigen musste, welche politische Kraft stärker ist: die proletarische oder die bürgerliche. Es wäre für uns unverständlich, wenn jemand den nationalen Befreiungskrieg in Griechenland damals nicht als nationalen Befreiungskrieg anerkennen würde.

Ein ganz anderer Fragenkomplex ist, dass ihr jetzt auch das Thema „**Sozialismus in einem Land**“ aufgreift. (Euer Papier, Punkt 5.1, Punkt 2) Um es kurz zu machen: Das war nicht das Ziel der Revolutionäre in Russland, das war eine Notwendigkeit, die sich aus dem Ausbleiben des Sieges einer sozialistischen Revolution in Deutschland ergab. Die Weltgeschichte wäre anders verlaufen, wenn die proletarische Bewegung in Deutschland den deutschen Imperialisten nicht nur bei der Intervention gegen den neu gegründeten sozialistischen Staat in Russland in den Arm gefallen wäre, sondern wenn sie im November 1918 nicht nur den Kaiser, sondern auch die reaktionäre Militär und die reaktionäre Sozialdemokratie hinweggefegt hätte, um eine sozialistische Revolution in Verbindung mit der sozialistischen Revolution in Russland zu stabilisieren. Mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begann die antikommunistische und konterrevolutionäre Ausrichtung des deutschen Imperialismus bis hin zum Nazifaschismus. So kam es, dass die revolutionären Kräfte in Russland allein blieben, zwar nach langem Bürgerkrieg und Kampf gegen ausländische Intervention ihren eigenen sozialistischen Staat errichteten (mit den demokratischen Rechten aller bisher vom Zaren unterdrückten Nationalitäten und Nationen). Aber dass sie allein blieben, war nicht ihre Schuld. Es war die Schuld der deutschen revolutionären Kräfte, die sich gegen die Konterrevolution nicht durchsetzen konnten. Jetzt zu fordern, die revolutionären Kräfte in Russland sollten die Revolution und den Aufbau des Sozialismus einfach aufgeben, wäre wirklich der größte Unsinn. Diese Kapitulation hätte auch dazu geführt, dass der starke sozialistische Staat den gewaltigen Kampf gegen den Nazifaschismus nicht hätte gewinnen können. Das wollten wir noch einmal als unsere Position klarstellen

4. Wir wollen zumindest kurz noch einige Fragen und Probleme bei nationalen Befreiungskämpfen eingehen, wie sie sich in den letzten mehr als 100 Jahren und insbesondere in den letzten Jahrzehnten gezeigt haben.

Was nationale Befreiungskämpfe angeht, war zweifellos das wichtigste Ereignis der nationale Befreiungskampf in **China** nach dem Überfall durch den japanischen Imperialismus 1937. Dieser nationale Befreiungskampf verfolgte eindeutig demokratische Ziele und wurde von starken kommunistischen Kräften angeführt. 1949 wurde gegen die Aggression des USA-Imperialismus der Sieg erkämpft und China vom Imperialismus befreit.

Wir wollen hier nicht die ganze Liste der berechtigten nationalen Bewegungen gegen die imperialistischen Großmächte und Kolonialisten nach 1945 aufzählen. **Kongo, Algerien, Vietnam, Korea etc.** Die Bevölkerung dieser Gebiete hatte Recht, sich gegen den Imperialismus/Kolonialismus zu wehren und für einen eigenen Staat zu kämpfen. Was passiert, wenn dieses Ziel erreicht ist, wie dann mit allen Mitteln versucht wird, eine Art neokolonialistische Abhängigkeit zu erreichen,

emanzipatorische Elemente zurückzudrängen, ist eine Frage des Kräfteverhältnisses, eben ein weiterer Kampf, der in diesen Ländern noch zu führen ist. Es ist wahr, dass diese Versuche in den letzten Jahrzehnten weitgehend erfolgreich waren und dort neokoloniale Strukturen durchgesetzt wurden. Das spricht aber nicht gegen die Legitimität all dieser Kämpfe, sondern widerspiegelt vor allem die generelle Entwicklung und Situation in den letzten Jahrzehnten, in denen es eben keine starken revolutionären, kommunistischen Kräfte mehr gab, die fähig gewesen wären, dem etwas entgegenzusetzen.

5. Es muss jedoch noch auf ein großes Problem hingewiesen werden, das in jedem nationalen Befreiungskampf von Anfang an besteht. Der immer brutaler werdende Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten führt auch dazu, dass legitime Kämpfe gegen einen imperialistischen Konkurrenten ausgenutzt werden, um diesen zu schwächen. Gleichzeitig besteht bei schwachen nationalen Befreiungsbewegungen das Problem, dass sie sich möglicherweise aus taktischen Gründen an eine imperialistische Großmacht wenden, um von dieser Hilfe zu erhalten im Kampf gegen andere imperialistische Großmächte.

Wir wollen nicht zu abstrakt werden. Gerade der deutsche Imperialismus hat während des Nazifaschismus die berechnete nationale Befreiungsbewegung z.B. in Indien gegen den englischen Konkurrenten, gegen den englischen Imperialismus massiv mit Geld und Waffen unterstützt. Und natürlich gab es innerhalb der indischen nationalen Befreiungsbewegung einen Kampf, ob man dieses Bündnisangebot des Nazifaschismus annehmen oder ablehnen sollte. Dasselbe Problem gab es in der irischen nationalen Befreiungsbewegung, die die Loslösung vom englischen, vom britischen Imperialismus anstrebte. Und wir brauchen euch nicht zu sagen, dass der deutsche Nazifaschismus auch die palästinensische Bevölkerung mit Ideologie und Waffen im Kampf gegen den englischen Imperialismus unterstützte und dass sich dieser Kampf auch gegen die eingewanderte jüdische Bevölkerung und die einheimische jüdische Bevölkerung richtete.

6. Wir verstehen eure Skepsis gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen in der heutigen Situation. Denn es ist kein Fehler, von der Realität auszugehen, und in der Realität gibt es aktuell gerade in Afrika viele Konflikte, die Stellvertreterkriege zwischen imperialistischen Großmächten sind, die von den Großmächten finanziert werden und die keine fortschrittlichen nationalen Befreiungsbewegungen sind.

Aber vielleicht können wir mit einer aktuellen Ausnahme überzeugen, nämlich dem Befreiungskampf der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien. Es ist ein nationaler Befreiungskampf, es geht um das Recht, einen eigenen Staat zu gründen, die eigene Sprache zu sprechen und die eigene Kultur zu leben. Wir halten (ohne unkritisch zu werden) die Unterstützung des kurdischen nationalen Befreiungskampfes für notwendig und richtig.

7. Schließlich ein theoretisches Problem. Es ist viel darüber diskutiert worden, wie eine Nation zu definieren ist, dass sie in irgendeiner Weise an ein Wirtschaftsgebiet, ein Territorium, eine Sprache und eine bestimmte Kultur gebunden ist, die sich historisch herausgebildet haben.

Wir wollen jetzt nicht näher in diese Debatte einsteigen, aber wir wollen schon sagen, dass aus unserer Sicht gerade in Afrika durch die Grenzziehungen der imperialistischen Großmächte, genauer gesagt der kolonialistischen Großmächte, historisch eine sehr komplizierte Situation entstanden ist, zu deren vielen, vielen Einzelfällen wir einfach keine Position haben und nur hoffen können, dass mit demokratischen Grundüberzeugungen die Mehrheit der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen Afrikas selbst eine akzeptable Lösung findet und sich nicht von imperialistischen Großmächten gegeneinander aufhetzen und in Kriege verwickeln lässt.

Das war kurz unsere Position zur nationalen Frage. Wir sind uns bewusst, dass dies noch sehr viel genauer und ausführlicher diskutiert werden muss.

Nachbemerkung

Ein Grundproblem eurer Darstellung ist, verständlich durch die Kürze der Erklärung, dass in eurem Papier nicht präzise mit Quellen kritisiert wird, sondern die Kritik in sehr allgemeiner Form vorgetragen wird. Durch die Aneinanderreihung einer Vielzahl von Behauptungen, eher nach dem Schrotflintenprinzip mit breiter Streuung, wird der Kern der richtigen Kritik abgeschwächt, da keine Belege und Beweise vorgelegt werden.

Ein weiteres Problem sind unklare, ja nebulöse Formulierungen. Ein Beispiel: Was soll etwa heißen:

„Dabei lässt sich Antisemitismus nicht als ein Moment von Herrschaft selbst erklären, ganz nach dem Schema einer direkten Unterdrückung.“ (Siehe in Eurem Punkt 4, 2. Absatz)

Geht es wirklich nicht klarer? Wir sind auch etwas erstaunt über die Zusammenfassung eures Selbstverständnisses „als sich als emanzipatorisch verstehende Kommunistinnen“. Ihr schreibt dazu, dass ihr wisst,

„dass die Befreiung der Gesellschaft nur mit der Befreiung des Subjekts einhergeht, das bedeutet aber auch, dass es nicht ‚gut‘ oder ‚böse‘ gibt, sondern wir Widersprüche und Ambivalenzen in der Welt um uns herum und in uns aushalten müssen.“ (Bei Euch 5.2., Punkt 4)

Welches Subjekt? Das Proletariat? Die Gesellschaft? Und müsste es bei aller Psychologie nicht heißen, dass es darum geht, die Widersprüche der Welt nicht mehr auszuhalten? Denn sie sind nicht auszuhalten. Wie können kommunistische Kräfte das „aushalten“?

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Diskussion.

Mit solidarischen Grüßen

Redaktion „Gegen die Strömung“, September 2024

Der 7. Oktober und seine Folgen

verfasst von:

- Basisgruppe Antifaschismus Bremen**
- Eklat_MS**
- URA-Dresden**
- Antifa_nt München**
- Kritik&Praxis FFM**
- Redical [M] Göttingen**
- CAT Marburg**
- In/Progress Braunschweig**

DER 07. OKTOBER UND SEINE FOLGEN

1. Voranmerkung: Wozu dieses Statement?

Als kritische Kommunist:innen, die in der internationalen radikalen Linken aktiv und Teil von Bündnissen und Kampagnen sind, sehen wir die Notwendigkeit, uns zur gegenwärtigen antisemitischen Hochstimmung in der deutschen und globalen Linke zu verhalten. Die innerlinke Antisemitismuskritik, die Anfang des Jahrhunderts noch deutlich präsenter war, scheint verhallt zu sein. Dies wollen wir als Anlass nehmen, diese aktuellen Entwicklungen innerhalb der Linken zu kritisieren und darzulegen, warum wir eine ideologiekritische, antiautoritäre und antinationale Linke für notwendig erachten. Wir erleben zugleich eine vermeintliche Form von Antisemitismusbekämpfung und Israelsolidarität durch staatliche Organe und Teile der „Mehrheitsgesellschaft“, die voller Instrumentalisierungen bis hin zu offenem Rassismus sind. Auch dazu möchten wir uns hiermit verhalten.

Es ist uns aber in diesem Statement kein Anliegen, innerhalb der aktuellen Situation einzelne islamistische Strukturen zu untersuchen, militärtaktische Ratschläge zu geben oder eine adäquate Lösung des Konflikts vorzuschlagen. Uns ist bewusst, dass der Raum, in dem sich die gegenwärtige antisemitische Hochstimmung breitmacht, auch eine Reaktion auf die Kriegsführung durch die israelische Armee in Gaza ist. Diese hat zehntausende Menschen, darunter viele Zivilist:innen, das Leben gekostet und große Teile der Region zerstört. Wir trauern um die Toten und sind solidarisch mit der notleidenden Bevölkerung Gazas. Für eine emanzipatorische Linke gilt es auch jene Strukturen zu unterstützen, die in Gaza für eine Perspektive auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben und gegen die Schreckensherrschaft der Hamas und reaktionäre Gesellschaftsbilder kämpfen, etwa indem sie sich für ihre Rechte als Arbeiter:innen, als Frauen oder als Queers einsetzen.

Ebenso sind uns die Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb Israels, insbesondere mit den rechtsextremen Teilen der Regierung bewusst. Wir möchten dennoch betonen, dass der aktuelle Krieg in Gaza durch das terroristische Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde, bei dem über 1200 Menschen aus antisemitischen Motiven brutal vergewaltigt und ermordet wurden, und bei dem 239 Menschen als Geiseln entführt wurden, von denen viele bis heute festgehalten werden. Mit unserer Kritik möchten wir nicht das Recht auf Trauer und Protest absprechen und auch nicht Leid gegeneinander aufwiegen, sondern auf ein allgemeines Problem der globalen Linken eingehen.

2. Die Zäsur vom 7. Oktober

Der 7. Oktober 2023 markiert eine Zäsur. Die Ausmaße und Details der Gräueltaten schockieren: Systematische Folter, Verstümmelungen, Entführungen und systematisch eingesetzte sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Diese wurden bewusst eingesetzt, um antisemitische Gewalt zu entfalten und Angst vor Vernichtung auszulösen. Die Massaker sollten Jüdinnen:Juden als solche treffen, die Erinnerung an eine Jahrhunderte lange Geschichte der Pogrome und Vernichtungsandrohungen aktivieren und damit auch das Selbstverständnis des Staates Israels, Schutzraum für Jüdinnen:Juden gegen antisemitische Verfolgung zu sein, angreifen.

Die einschneidenden Ereignisse des 7. Oktober wurden in der globalen Linken erstaunlich wenig reflektiert. Stattdessen entzündete sich eine massive Explosion antisemitischer Angriffe. Große Teile der globalen Linken sind dabei tragischerweise Plattform für diesen Antisemitismus und liefern den Treibstoff dafür. So erleben wir bei etlichen Linken Abwehr bis zur Leugnung und klammheimlicher Freude. Andere verharren angesichts des aufbrausenden Antisemitismus in politischer Lähmung, anstatt dass sie zu einer solidarischen Praxis übergehen. Dies verwundert nicht, enttäuscht aber – ist Antisemitismus doch ein zentrales Moment der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse und Kritik an diesem daher Grundvoraussetzung für jegliche gesellschaftliche Emanzipationsbestrebung.

3. Eine neue globale Welle des Antisemitismus

Während linke Solidarität mit den Opfern des 7.10. fast komplett ausblieb, fanden noch vor Beginn der militärischen Operationen der IDF meist pro-palästinensische Massendemonstrationen statt, deren Skript eindeutig und bekannt war: Israel ist eine koloniale Besatzungsmacht, die verschwinden sollte; Israel ziele auf die Vernichtung aller Palästinenser:innen ab; Israel sei das Böse, das beseitigt werden soll. Auf den Straßen wurde dabei nicht einfach Solidarität mit den Palästinenser:innen geteilt, sondern zu oft etwas, was in seinem Wesen virulenter Israelhass ist. Es zeigte sich eine Überidentifizierung mit der „palästinensischen Sache“, die in weiten Teilen der globalen Linken als Identitätsbaustein, Erkennungsmerkmal, Ersatzkampf und als kollektives Ritual dient.

Die grausamen Taten der Hamas wurden dabei als Akt der Dekolonisierung, als „Ausbruch aus dem Gefängnis“ oder als „Akt des Widerstandes“ gefeiert und umgedeutet. Mit den lauthalsen Rufen nach „Kontextualisierung“ des 7. Oktobers wird eine Rechtfertigung oder zumindest Relativierung der Gräueltaten eingefordert. Es ist absurd, mit welcher Vehemenz Parolen, Taten und Denkmuster vom Anklang des Antisemitismus freigesprochen werden. Ein großer Teil der

weltweiten Linken bemühte sich darum, das Massaker als vielleicht etwas übertriebene Notwehr zu erklären und zu entschuldigen – wenn es nicht gleich als antikolonialer Befreiungsschlag gefeiert wurde.

Auch in Deutschland hatte ein Teil der Linken, von pro-palästinensischen Gruppen und deren „internationalistischen“ Unterstützer:innen, über stalinistische und trotzkistische Organisationen, queerfeministische Kreise bis hin zu autonomen Hausbesetzer:innen in Berlin und anderswo kein Problem damit, islamistischen und antisemitischen Terror in Befreiung umzudeuten. Die sonst in linken Kreisen gepredigte Betroffenenzentriertheit scheint es für Israelis, noch dazu für jüdische, nicht zu geben.

Kein Zweifel: Die Lebensumstände der knapp 2 Millionen Menschen im Gazastreifen sind durch den Krieg entsetzlich. Bereits vor den jüngsten Kriegshandlungen waren Verhältnisse in Gaza extrem prekär. Jedoch gibt es horrende Doppelstands für die Bemessung der menschenrechtlichen Situation in den palästinensischen Gebieten und andernorts. Auch das Leid der Palästinenser:innen scheint viele Kritiker:innen nur dann zu interessieren, wenn als vermeintliche Täter:innen Jüdinnen:Juden ausgemacht werden können: Sie schweigen besonnen zur Zerschlagung der Gewerkschaften, Ermordung von LGBTIQ*, der Geiselhaft, in die die palästinensische Zivilbevölkerung seitens der Hamas und ihrer Mitstreiter:innen aktuell genommen wird, und zu den menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen die arabischen Nachbarstaaten geflüchtete Palästinenser:innen akzeptieren. Sie schweigen zur Grenzfestigung Ägyptens, das keine palästinensischen Geflüchteten aufnehmen will, und zu den außenpolitischen Interessen des Iran, der die Palästinenser:innen zum Spielball seiner Machtinteressen macht. Sie schweigen auch zu den fortwährenden Raketenangriffen der Hamas und Hisbollah auf Israel.

Wenn die Kriegshandlungen der israelischen Armee und das Leiden der Bevölkerung in Gaza durch Linke mit historisch spezifisch konnotierten Begriffen bezeichnet werden, zeigt sich darin häufig eine regelrechte Sehnsucht danach, Jüdinnen:Juden als Täter:innen ausmachen zu können – auf eine Weise, die sie oft implizit und manchmal explizit den NationalsozialistInnen gleichstellen. Wenn das bei Deutschen auftritt, handelt es sich um eine bekannte Schuldabwehrstrategie. Häufig geht dieser Vorwurf mit der Erzählung einher, Israel bzw. Jüdinnen:Juden würden sich gezielt durch den Verweis auf die Shoah vor jeglicher Kritik immunisieren. Bei beidem muss klar benannt werden, dass hier Muster des sekundären bzw. Schuldabwehr-Antisemitismus deutlich werden. Für viele scheint folgendes zu gelten: Jüdinnen:Juden waren in Vergangenheit höchstens, wenn sie von Rechten angegriffen werden, Opfer – jetzt können sie nur als Täter:innen gedacht werden. Diese Auffassung deckt sich mit der antisemitischen Sichtweise, nach der Jüdinnen:Juden grundsätzlich als überlegen, mächtig und täterhaft imaginiert werden.

4. Zur ideologischen Funktion des Antisemitismus

Antisemitismus funktioniert als eine Welterklärung, die in der Gedanken- und Affektwelt der Antisemit:innen fußt. Komplexe gesellschaftliche Phänomene, Krisen und Ambivalenzen werden in der antisemitischen Logik widerspruchsfrei aufgehoben. Verschwörungsideologien ermöglichen Antisemit:innen, simple Erklärungsmuster für komplexe und verunsichernde individuelle und strukturelle Phänomene zu finden. In der antisemitischen Logik gilt es, das Bild des „Juden als übermächtige Figur der herrschenden Klasse“ aufrecht zu erhalten und je nach aktueller gesellschaftlicher Krise Jüdinnen:Juden als „Schuldige“ für selbige auszumachen.

Antisemitismus ist aus kritisch-materialistischer Perspektive auch immer als die umfassende soziale Pathologie bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft und als Produkt von Herrschaftsverhältnissen zu betrachten. Im Antisemitismus bricht die Widersprüchlichkeit bürgerlicher Vergesellschaftung als offener Wahn heraus. Antisemitismus ist dabei auch Moment der unzureichenden oder verdrehten Versuche, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse zu begreifen und zu überwinden. Dabei lässt sich Antisemitismus nicht als ein Moment von Herrschaft selbst erklären, ganz nach dem Schema einer direkten Unterdrückung. Antisemitismus hat außerdem immer einen eliminatorischen Fluchtpunkt: Antisemit:innen wollen nicht Jüdinnen:Juden „einfach“ unterdrücken oder abschieben, sondern vernichten. Antisemitische Weltbilder haben die Funktion, dass diejenigen, die sie reproduzieren, sich als Opfer der „übermächtigen jüdischen Weltherrschaft“ stilisieren können. Das ermöglicht ihnen, sich nicht mit gesellschaftlichen und eigenen Widersprüchlichkeiten auseinandersetzen zu müssen und keine Verantwortung für das eigene (politische) Handeln und Denken zu übernehmen.

Daraus folgt zum einen, dass sich Antisemitismus nicht einfach mit etwas mehr Aufklärung aus der Welt schaffen ließe. Damit geht einher: Antisemitismus lässt sich nicht durch ein bestimmtes Handeln der Jüdinnen:Juden auflösen, sondern nur durch die Überwindung der tiefen gesellschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus. Jüdinnen:Juden steht nur die Möglichkeit offen – und sie sind vor die Notwendigkeit gesetzt – die Abwehr der Konsequenzen des Antisemitismus zu organisieren oder seine Folgen hinzunehmen.

Seit der Shoah lässt sich Antisemitismus weniger offen artikulieren. Eine Art und Weise, antisemitisch agieren zu können, ohne offenen Hass auf Jüdinnen:Juden zu artikulieren, besteht darin, den Hass auf Israel als jüdischen Nationalstaat – und als eine Konsequenz aus der Shoah - zu projizieren, der nun für alles Böse verantwortlich ist.

5. Anfälligkeit für Antisemitismus innerhalb der Linken

Eine Anfälligkeit für Formen von Antisemitismus wurzelt auch in spezifischen Merkmalen und ideologischen Momente einiger linker Strömungen, die wir im folgenden näher analysieren wollen.

5.1. Der autoritäre (Neo-)Leninismus

Einige antisemitische Denkmuster stammen aus einem autoritären (Neo-)Leninismus:

1 .) Lenins These des Übergangs vom Konkurrenzkapitalismus zu seinem Begriff von Imperialismus geht einher mit einer verzerrten Auffassung kapitalistischer Herrschaft. Diese wird nicht als eine subjektlose Herrschaft aufgefasst, die zwar durch Akteur:innen reproduziert wird, aber aus dem Prozess fortwährender Kapitalakkumulation besteht und einen „stummen Zwang“ der ökonomischen Verhältnisse entfaltet. Stattdessen erscheint sie als direkte und willkürliche Herrschaft der Monopole und eines „parasitären Finanzkapitals“. Diesem Verständnis wohnen eine Neigung zur Personifizierung von Herrschaft, eine Anfälligkeit für Verschwörungsdenken und eine Fetischisierung des „werktätigen Volkes“ inne, die Überschneidungen mit Antisemitismus aufweisen. Zeitweise wurde ein solcher Antisemitismus von der Sowjetunion und ihren Sympathisant:innen aktiv betrieben und ansonsten mindestens heruntergespielt.

2 .) Statt einer Analyse der globalen kapitalistischen Verhältnisse, Hierarchisierungen, und kolonialen Kontinuitäten sowie einer Kritik der Form des Nationalstaates, findet eine vereinfachte Aufteilung der Welt in Unterdrückende und Unterdrückte statt. Damit wird die „nationale Befreiung“ – als Befreiung durch den Nationalstaat und als Nationalkollektiv – zum emanzipatorischen Ziel schlechthin gemacht. Diese Auffassung fußt wiederum im unkritisch positiven Bezug zur Nation, den Stalin und viele realsozialistische Projekte nach ihm mit der Vorstellung von „Sozialismus in einem Land“ propagierten. Gleichzeitig werden „unterdrückte Völker“ – auch durch die maoistische Fortbestimmung des Modells – zum stellvertretenden Subjekt der Revolution gemacht: Palästina wurde als das unterdrückte Volk schlechthin aufgefasst und der Kampf „für die Befreiung Palästinas“ zum Symbol und Ersatz aller Befreiungskämpfe. Dabei spielte historisch auch die Außenpolitik der Sowjetunion eine Rolle, die im Kontext des Kalten Krieges den palästinensischen Nationalismus gegen das von den USA unterstützte Israel stärkte.

3 .) Ein weiterer Grund für den positiven Bezug auf Volk und Nation liegt im populistischen Moment: Wessen Ziel primär die Eroberung staatlicher Macht ist, der muss nicht auf kollektive Selbstaufklärung und Emanzipation aller Menschen setzen, sondern will vor allem eine Masse mobilisieren. Wenn der Begriff der Klasse nicht mehr zieht, haben Leninist:innen deshalb oft kein Problem damit, diese Masse als Volk und Nation zu adressieren.

4 .) Das Ziel der Machtergreifung führt auch zur Tendenz, falsche Mittel zu rechtfertigen. Das kann dann auch islamistischer Terror sein. Die Konzentration auf den Kampf gegen „Imperialisten“ führt zu Allianzen mit explizit regressiven Kräften wie beispielsweise IslamistInnen.

5.2. Die postmoderne Identitätspolitik

Eine zweite Quelle der Anfälligkeit stammt aus einigen Spielarten eines identitätsfokussierten Aktivismus postmoderner Prägung. Solche Positionen sind in einigen queerfeministischen und antirassistischen Kreisen, aber auch in Teilen der Klimabewegung vertreten. Sie verbinden sich damit mit entscheidenden progressiven Kämpfen der Gegenwart. Hier wirken die Ablehnung einer Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Totalität mit einer exklusiven Fokussierung auf Betroffenheitserfahrung, Sprechorte und Identitäten zusammen.

1 .) Die Unmöglichkeit der Repräsentation der eigenen Leid- und Diskriminierungserfahrung durch Andere wird zum alleinigen Ausgangspunkt der Kritik erklärt. Nur wer von einer Unterdrückungsform betroffen ist, kann die Wahrheit darüber sprechen. Dessen Perspektive ist unmittelbar normativ und es braucht keine weitere Kritik der Verhältnisse und keinen Streit um Begriffe und Analysen. Dabei wird übersehen, dass jede Artikulation einer Erfahrung bereits durch Theorien und Begriffe vermittelt ist und dass gerade in diesen Strömungen häufig schablonenhaftes Denken reproduziert wird. Um die eigene Leid- und Unterdrückungserfahrung zu artikulieren, muss man sich wiederum zu einer bestimmten Identität bekennen und sich als Teil eines Kollektivs verstehen. Die reine Fokussierung auf eigene Identitätskonstruktionen und vermeintliche Fremdzuschreibungen und die damit einhergehende reine Argumentation auf die vermeintliche eigene Betroffenheit(en) verhindert nicht nur eine materialistische Kritik an den Ursprüngen von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus, sondern auch einen Diskurs, der über den eigenen Erfahrungs- und Emotionshorizont hinaus geht. Auffällig ist wiederum dabei, dass die Erfahrungen von Jüdinnen:Juden mit einer gewissen Konsequenz ausgeblendet werden. Insbesondere für sich als links verstehende Jüdinnen:Juden war die ausbleibende Solidarität, das Schweigen zu den Massakern der Hamas bis hin zu offenen Ausschlüssen aus queeren und antirassistischen Räumen ein Moment der Entsolidarisierung vermeintlich Verbündeter.

2 .) Statt einer Kritik der herrschaftsgeladenen, gesellschaftlichen Vermittlung einer in sich widersprüchlichen Totalität, die sich über Antagonismen konstituiert und Zwangskollektive hervorbringt, wird sich an „Strukturen“ abgearbeitet, die vermeintlich authentische Identitäten überlagern würden. Dem entspricht oft ein machtanalytischer Ansatz, in dem die Konsequenz zur Ursache gemacht wird: Gewiss führt die gegebene Vergesellschaftung dazu, dass Gruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Verortung über mehr Macht und damit

verbundene Privilegien verfügen. Ausgeblendet werden aber sowohl die Verhältnisse, die Ursache dieses Machtgefälles sind, als auch die Tatsache, dass die grundlegende Form von Herrschaft eben die der Verhältnisse selbst ist. Dies führt auch zur falschen Annahme, dass Herrschaft bloß als binäres und lineares Machtverhältnis zu verstehen sei, als direkte Unterdrückung einer Gruppe durch eine andere mächtigere Gruppe und ausschließlich als binärer Kampf der Unterdrückten gegen das genau identifizierbare Unterdrückende.

Daraus folgt eine klare Aufteilung der Welt in Unterdrückte und Unterdrücker, ähnlich wie im (Neo-)Leninismus. Anstelle einer Analyse von (Neo-)Kolonialismus, Imperialismus und Hierarchisierungen auf dem Weltmarkt tritt eine schlichte Einteilung in den bösen Globalen Norden und den guten, weil unterdrückten, Globalen Süden. Widersprüche und Konflikte innerhalb der Länder und Regionen des Globalen Südens finden wenig Berücksichtigung. Antisemitismus wird oft komplett ausgeklammert, jüdische Menschen gelten, solange sie helle Haut haben, schlichtweg als Weiße, und damit als Profiteur:innen des Rassismus. Damit wird zum einen geleugnet, dass alle Jüdinnen:Juden ebenfalls als „Andere“ rassifiziert werden. Zum anderen übersieht es die geographisch diversen Ursprünge des Judentums und die Tatsache, dass viele Jüdinnen:Juden zugleich zusätzlich auch von Rassismen betroffen sein können. Antisemitismus kann gerade deshalb nicht begriffen werden, da es sich nicht als lineare Unterdrückung auffassen lässt, sondern Folge der in sich widersprüchlich vermittelten Herrschaftsverhältnisse und der Unfähigkeit, diese zu begreifen, ist.

Wenn nun von Rassismen Betroffene äußern, dass das Massaker der Hamas ein antikolonialer Befreiungsschlag war, dann muss und darf das nach dieser postmodernidentitätspolitischen Logik nicht hinterfragt werden. Dass aus feministischer und antisemitismuskritischer Sicht die Opfer des Massakers Solidarität und Empathie verdienen würden, wird ausgeklammert, weil sie Israelis sind und Israel in dieser binären Logik nur als weißer, kolonialer Staat und Teil des Globalen Nordens betrachtet wird. Mit dieser linearen Auffassung von Unterdrückung geht wiederum ein positiver Bezug auf die Zwangskollektive einher, die diese Herrschaftsverhältnisse hervorbringen, es kommt damit auch zur Affirmation regressiver Ideologien und Gruppierungen, wenn diese von Subalternen getragen werden.

3 .) Unterdrückungsformen werden dabei als formal analog aufgefasst und bestehen nebeneinander – eine Gruppe mit Macht unterdrückt eine Gruppe ohne Macht. Damit bleibt das jeweilig spezifische unterbelichtet, was insbesondere im Fall von Antisemitismus auffällig ist. Andererseits wird ihr reales und differenziertes Zusammenwirken innerhalb der gegebenen Herrschaftsverhältnisse nicht begriffen. Der Versuch, irgendwie Rechenschaft dafür zu tragen, vollzieht sich dann häufig als eine Aneinanderreihung inner-

halb von Solidaritätsbekundungen: Jede Kundgebung muss alle weiteren Unterdrückungsformen erwähnen. Wenn aber alle Unterdrückungsformen analog sind, liegt es nahe, nach einem Grundmodell und einer alles zusammenfassenden Unterdrückungsform zu suchen: Dazu wird gerne (ohne realen Grund) die „palästinensische Sache“ gemacht. In der „Solidarität mit Palästina“ wird jede andere Solidarität mitvertreten: Jede Kundgebung muss also eine „free Palestine“ Kundgebung sein.

4 .) Gerade weil die Kritik der realen Verhältnisse verpasst wird, vollzieht sich Aktivismus dabei oft als Bekundung der eigenen guten Gesinnung, als Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Gruppe der Guten und als selbstreferentieller Gestus der vermeintlichen Auflehnung und Radikalität. Reflexion und Kritik werden durch Mobilisierung ersetzt, die hauptsächlich eine Identität verschaffen soll. Diese Form vermeintlicher Solidarität mit Palästina hat kaum etwas mit einem realen Interesse an der Lage von Palästinenser:innen zu tun. Sie wird allzu oft Identitätsfaktor, Wiedererkennungsmerkmal, Ersatzkampf, Marker der eigenen Radikalität, wird zum kollektiven Ritual und wird auch als solches abgerufen. Diese Selbstmobilisierung kann antisemitisch verstärkt werden.

Als sich als emanzipatorisch verstehende Kommunist:innen wissen wir, dass die Befreiung der Gesellschaft nur mit der Befreiung des Subjekts einhergeht, das bedeutet aber auch, dass es nicht „gut“ oder „böse“ gibt, sondern wir Widersprüche und Ambivalenzen in der Welt um uns herum und in uns aushalten müssen. Es bedeutet auch ernstzunehmen, dass in allen Schichten der Bevölkerung, inklusive der Linken, Ideologien entstehen, also falsche Vorstellungen über die Welt. Ideologien entspringen den Strukturen, die die Menschen vorfinden und festigen diese wiederum. Ideologiekritik, inklusive einer Kritik des Nationalismus und des Antisemitismus muss deshalb Bestandteil emanzipatorischer Praxis sein.

6. Leerstelle Islamismus

Wo Ideologiekritik höchstens nebensächlich ist, entsteht auch innerhalb der Linken bisweilen die Bereitschaft, die Hamas als irgendwie „objektiv emanzipatorisch“ zu betrachten. Das hat auch mit der Leerstelle Islamismus innerhalb linker Kritik zu tun. Als islamistische Organisation strebt die Hamas die Vernichtung aller Jüdinnen:Juden und die Errichtung eines Gottesstaats an. Ihr religiöser Fundamentalismus geht auch mit einem extrem patriarchalen Geschlechterbild und der Unterdrückung von Frauen und Queers einher. Sie schert sich nicht um das Leben, auch nicht um das von Palästinenser:innen, von denen sie die Bereitschaft zum Selbstopfer verlangt – und diese in deren Missbrauch als menschliche Schutzschilder bereits voraussetzt. Ihr Programm steht damit jeglichem Streben nach menschlicher Emanzipation fundamental entgegen.

Der Islamismus ist, ähnlich wie Faschismus und Rechtspopulismus, eine moderne Krisenreaktion.

Anstatt die Zerwürfnisse des Kapitalismus zu analysieren und diese Verhältnisse aufzuheben, wird Halt und Heil in imaginierten Gemeinschaften wie Volk, Nation oder eben Umma (der Gemeinschaft der gläubigen Muslim:innen) gesucht, einhergehend mit Abschottung bis Vernichtung gegen alles, was dort jeweils nicht hinein gehört – oder sich nicht unterordnet. Wie auch der Faschismus versucht der Islamismus mit mörderischer Konsequenz sein politisches Programm und seine Vorstellung von Gesellschaft durchzusetzen. Deshalb müssen für den Islamismus auch politische und religiöse Macht in einer Hand liegen.

Seine Attraktivität resultiert vielleicht deshalb auch genau daraus: Nicht nur zu quatschen, sondern mit selbstmörderischem Einsatz alles daran zu setzen, den Vorstellungen der höheren Macht zu entsprechen. Damit stellt der Islamismus in vielen Weltregionen einen Hauptfeind linker emanzipatorischer Bestrebungen dar. Daher sollten wir als Kommunist:innen das Problem Islamismus weder abtun, noch mit den Nationalist:innen in ein Horn stoßen, indem sie „den Islam“ zum Feind erklären.

7. Keine falschen Einseitigkeiten

Um nach der vorhergegangenen Kritik an Formen des „Pro-Palästina“-Aktivismus weitere Teile der Linken eines deutlich zu machen: Es versteht sich von selbst, dass auch mit einigen abgedrifteten Antideutschen kein Stich zu machen ist, die die gesamte Bevölkerung von Gaza entmenschlichen, denen die Lage und die Zukunft der Palästinenser:innen egal sind, die nicht die eigene Tragik und spezifische Kritikwürdigkeit der militärischen Handlungen der israelischen Armee erkennen, sondern in Kriegsbegeisterung ausbrechen. Die kein Problem damit haben, dass zehntausende Zivilist:innen getötet wurden, Millionen Menschen ihre Wohnungen verloren haben und fliehen mussten, dass ein Großteil der Gebäude und Infrastruktur in Gaza zerstört wurden. Die keine Kritik für die rechte israelische Regierung und die eigenen Machtinteressen Netanyahus übrig haben. Der Begriff der Antideutschen wird zwar in innerlinken Debatten inflationär und oft falsch benutzt, um jegliche Antisemitismuskritik abzuwehren. In der realen Strömung der Antideutschen finden sich bisweilen aber einige kritikwürdige Positionen, die oftmals mit antimuslimischem Rassismus einhergehen und sich weit jeder vernünftigen Ideologiekritik entfernt haben. Um der Komplexität der aktuellen Situation gerecht zu werden, müssen auch solche Auswüchse kritisiert werden.

Das bedeutet auch, das Leid der Bevölkerung von Gaza anzuerkennen, auf das wir mit großer Sorge schauen. Zehntausende¹ Menschen wurden im Zuge der Operationen des israelischen Militärs getötet. Auch wenn ein gewisser Teil davon Kombattanten der Hamas und anderer Organisationen sind ist die

Zahl an zivilen Toten enorm. Die humanitäre Lage ist aufgrund der Versorgungsknappheit, der durch die Zerstörung von Gebäuden und Zwangsevakuierungen erzeugte Wohnungslosigkeit und der medizinischen Krise katastrophal. Hunderttausende Menschen mussten ihre Wohnungen verlassen, während so gut wie kein Bereich in Gaza sicher genannt werden kann. Wer anführt, die Hamas und ihre Ideologie ließen sich durch Beschwichtigung nicht besiegen, steht trotzdem vor der Frage ob die aktuelle Kriegsführung dazu geeignet ist.

Eine emanzipatorische Kritik blickt wiederum mit großer Sorge auf die Entwicklungen in der israelischen Politik. Die rechtsextremen Teile der Regierung verfolgen auch eine explizit anti-arabisch-rassistische Politik, die das Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung instrumentalisiert und Eskalationen hervorruft. Auch das Leben der noch in Gaza festgehaltenen Geiseln setzt diese Politik mit ihrer Kriegsführung aufs Spiel. Netanyahus Politik ist häufig von einem Handeln zugunsten seiner eigenen Machterhaltungsinteressen bestimmt, wofür er mit den Rechts-extremen und den gewalttätigen Teilen der Siedler:innen in der Westbank paktiert. All dies wird immer wieder innerhalb der israelischen Gesellschaft thematisiert, wie etwa die Proteste der Angehörigen der Geiseln zeigen, die eben auch Austragungsorte der Kritik an ihrer Regierung sind.

8. Zur Kritik der staatlichen Antisemitismusbekämpfung

Unsere Kritik gilt auch Aspekten der Antisemitismusbekämpfung und Israelsolidarität durch staatliche Organe und Teile der Mehrheitsgesellschaft, die mitunter voller Instrumentalisierungen bis hin zu offenem Rassismus sind. Antisemitismuskritik wird zur Zeit häufig nicht zur realen Bekämpfung von Antisemitismus abgerufen, sondern stellt selbst ein kollektives Ritual der geläuterten Deutschen und als Selbstvergewisserung bürgerlich-liberaler Ideologie dar. Dabei lassen sich mehrere problematische Aspekte beobachten. Nicht alle Bemühungen gegen Antisemitismus fallen unter diese Kritik. Dies zu behaupten, würde sämtliche Reflexionen von NS-Vergangenheit und ihren Kontinuitäten, die dieser Gesellschaft maßgeblich von Jüdinnen*Juden und Linken abverlangt wurden, vom Tisch wischen.

1.) Die Reaktionen von deutscher Mehrheitsgesellschaft und Staatsapparaten belaufen sich auf öffentlichkeitswirksam inszenierte Gegnerschaft zum Antisemitismus - ihr bleibt weiterhin das Schicksal lebendiger Jüdinnen:Juden gleichgültig. Das zeigen nicht nur die enorm gestiegenen Zahlen antisemitischer Gewalt der letzten Monate. Der selbsternannte Aufarbeitungsweltmeister weiß, dass es tunlichst auf Distanz zur allzu offenen Judenfeindschaft zu gehen

¹ Es ist schwierig, genaue Zahlen zu benennen. Zum einen weil der Krieg täglich weiter geht und neue Opfer fordert, weshalb eine Nennung der Zahlen schon schnell

wieder nicht aktuell wäre. Zum anderen aber auch, weil die verfügbaren Zahlen von der Hamas stammen und schwer überprüfbar sind.

gilt, ohne aber einen genaueren Begriff des Antisemitismus zu haben. Das resultiert in Symbolpolitik, deren Folgenlosigkeit für die Bekämpfung von Antisemitismus mit ihrer tatsächlichen Brisanz in anderen Bereichen korrespondiert.

Am Beispiel der Verbote vermeintlicher bzw. tatsächlicher antisemitischer Demos lässt sich gut nachzeichnen, wie wenig es diese Mobilmachungen schwächt und welcher hoher Preis, nämlich die Außerkraftsetzung der von diesem Staat so hochgehaltenen Grundrechte, dafür in Kauf genommen wird. Dieser Umgang weiß gegen Antisemitismus wenig auszurichten, wohl aber dient er dazu, staatliche Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Das derartige Repression niemals gegen rechte Antisemit:innen ins Feld gebracht wird, ist ebenso eine unschöne Binsenweisheit wie der Umstand, dass es hierbei überwiegend migrantisierte Menschen sind, die von solchen Maßnahmen betroffen sind. Rassistische Polizeigewalt und Racial Profiling ist beispielsweise seit dem 7. Oktober angestiegen.

Rassistische Ressentiments und Praktiken manifestieren sich nicht erst seit dem Massaker der Hamas, dieses wird aber als Begründung dazu genutzt, insbesondere muslimische oder als muslimisch gelesene Menschen in Geiselnhaft für die Gräueltaten der Hamas zu nehmen, was häufig auch Kinder und Jugendliche im Schulunterricht trifft. In diesem Kontext geschehen zudem Asylrechtsverschärfungen, die Verstärkung der Abschiebep Praxis und die Einschränkung von Grundrechten. Antisemitismusbekämpfung wird von staatlicher Seite dazu genutzt, rassistische Praktiken zu manifestieren. Einem Ausspielen von Antisemitismus und Rassismus gegeneinander stellen wir uns klar entgegen.

2 .) Zum Teil wird diese Form von (vermeintlicher) Antisemitismusbekämpfung als Entlastungs- und Externalisierungsstrategie durchgeführt. Die proklamierte Gegnerschaft zum Antisemitismus wird vollends bigott angesichts des Versuchs seiner Auslagerung als migrantisches Importprodukt. Ohne Frage: es gibt spezifische Formen des Antisemitismus. Es ist eine falsch verstandene Form antirassistischer Vorsicht, diese nicht zu benennen. Die Externalisierung des Antisemitismus ist jedoch ein Ausdruck deutscher Schuldabwehr. Sie dient dann vor allem dem Zweck, nicht mehr den Antisemitismus der eigenen (Ur-)Großeltern, sein Nachwirken in der deutschen Nachfolgegesellschaft und das antisemitische Potential bürgerlicher Verhältnisse zu behandeln. Der doppelt perfide Kniff ist, dass das durch die selbstattestierende Läuterung zu moralischen Höhenflügen berufene Deutschland zusätzlich nicht selten noch seine rassistischen Bedürfnisse auslebt und dabei vor allem muslimische Menschen als die eigentlichen Übeltäter:innen zeichnet. Sinnbildlich für die rassistischen Doppelstandards bzgl. Antisemitismus ist z.B. die andere Behandlung des bayerischen „Menschenfreunds“ Hubert Aiwanger, dessen Flugblattaffäre ihn sogar als gestärkter Politiker hervorge-

hen ließ. Jedoch trifft auch genau dieser Schuldabwehrantisemitismus auf deutsche nicht-migrantische und nicht-jüdische Linke zu, die sich als „moralisch überlegen“ und „gute Antifaschist:innen“ begreifen; sich dabei die Involviertheiten der eigenen Familie in die NS-Verbrechen und eigene Täter:innenpotenziale einzugestehen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen, ist ein schmerzhafter Lern- und Reflexionsprozess.

3 .) Wenn sich die bürgerliche Mitte als Chef-Kritikerin des Antisemitismus inszeniert, geht es um mehr als das bloße Bedürfnis, schlussendlich auf der moralisch korrekten, guten Seite angekommen zu sein. Zum einen wird der bürgerliche Staat und die bürgerliche Mitte von Antisemitismus freigesprochen und Antisemitismus extremismustheoretisch zu einem Problem der „Extremen“ gemacht. So wird im gleichen Zug die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und ihre politische Form als wichtige Quelle von Antisemitismus verdrängt. Stattdessen wird recht plump gegen Linke vorgegangen und auf der eingeübten Klaviatur des antimuslimischen Rassismus gehämmert, in der muslimische Menschen als rückständig und unaufgeklärt, tendenziell gewalttätig und zu radikalen Ansichten neigend gezeichnet werden.

Noch perfider ist der Versuch, ein Doppelpaket zwischen Antisemitismusbekämpfung und der gegenwärtigen rassistischen Abschiebe- und Abschottungspolitik und der sie begleitenden rassistischen Töne im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Ganze Communities und Kieze werden kriminalisiert und einige reale Bedrohungssituationen für Jüdinnen:Juden für autoritäre Law and Order Politik genutzt. Das wird insbesondere an (vermeintlichen) Palästinenser:innen durchexerziert: Eine vorgebliche Kritik des Antisemitismus wird hier vorgeschoben, um gegen alle Palästinenser:innen zu pauschalisieren – welche es wiederum oftmals als Staatenlose besonders schwer unter dem Zugriff deutscher Migrationsbehörden haben.

Antisemitismus und Rassismus sind in ihrer Funktionsweise unterschiedlich, haben aber konkrete (gewaltförmige) Auswirkungen auf die Lebensrealitäten von Betroffenen. Antisemitismus und Rassismus, wie aktuell häufig passiert, gegeneinander auszuspielen oder eine Hierarchisierung des Leidens der Betroffenen aufzumachen, steht jeglicher solidarischen Praxis und materialistischer Kritik entgegen.

Zusammenfassend: Zu oft wird Antisemitismusbekämpfung für eine politische und diskursive Agenda instrumentalisiert. Das geläuterte Deutschland hat die nationalsozialistische Vergangenheit bewältigt, fühlt sich als Aufarbeitungsweltmeister. Jetzt kann man sich dem Antisemitismus der anderen widmen. Deshalb kann man jetzt getrost als Deutsche auch wieder wer sein in der Welt. Deshalb ist man als bürgerlicher Staat die Spitze der Zivilisation. Eine anti-nationale Staatskritik muss auch und gerade diesen nationalen Konsens in Deutschland und die Normalität bürgerlicher Verhältnisse angreifen.

9. Abschluss

Gegen die antisemitische Entmenschlichung von Jüdinnen:

Juden wie auch gegen die rassistische Entmenschlichung von Palästinenser:innen und den falschen Widerspruch des Kampfs gegen Antisemitismus und gegen Rassismus treten wir ein für eine Linke mit dem Ziel universeller Befreiung. Für uns wäre das ein Zustand, in dem man ohne Angst verschieden sein kann. Wir plädieren also für eine ideologiekritische, antinationale und antiautoritäre Linke. Wir müssen als Linke und Kommunist:innen ernstnehmen, dass sich in dieser Gesellschaft in allen Teilen der Bevölkerung, auch innerhalb der Linken, autoritäre Ideologien herausbilden, die Emanzipation entgegenstehen. Diese zu kritisieren und eine Praxis zu entwickeln, in der diese Ideologien sich auflösen können,

durch die Perspektive einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft, in der alle gut leben können, einem antiautoritären Kommunismus, muss Aufgabe einer radikalen Linken sein.

Dabei gilt es auch, Antisemitismus in seiner Besonderheit anzuerkennen als Ideologie, die auf Vernichtung von Jüdinnen:Juden zielt – gerade weil Antisemitismus oft unerkannt bleibt und sich gerne antikapitalistisch und rebellisch gibt. Das Ziel bleibt die Aufhebung von Kapitalverwertung und Nationalstaaten in einer kommunistischen Weltgesellschaft, die keine menschenfeindlichen Ideologien wie Antisemitismus mehr hervorbringt und die eine Assoziation von Menschen auf freier und bewusster Basis, sowie von Zwangssubjektivierungen befreite Identitätsbestimmungen, ermöglicht.

In diesem Sinne: Wir bleiben unversöhnlich.

Für eine antinationale, ideologiekritische und antiautoritäre Linke!

Gegen jeden Antisemitismus, für den Kommunismus.

**Wir freuen uns auf konstruktive Fragen, Anmerkungen und Debattenbeiträge.
Schreibt uns eine Mail an: info.antisemitismustext@systemli.org**

verfasst von: Basisgruppe Antifaschismus Bremen, Eklat_MS, URA-Dresden, Antifa_nt München, Kritik&Praxis FFM, Redical [M] Göttingen, CAT Marburg, In/Progress Braunschweig

(Quelle: <https://www.antifa-frankfurt.org/2024/06/15/der-7-oktober-und-seine-folgen/>)

Aus dem Inhalt

Den weltweiten Vormarsch der am Regime im Iran und an der Hamas orientierten internationalen konterrevolutionären Bewegung enttarnen und bekämpfen!

Das Phänomen faschistischer sich auf den Islam berufender konterrevolutionärer Kräfte

Einige Schlaglichter zur historischen Entstehung und Entwicklung

Ideologie: Judenfeindschaft, Antikommunismus und Frauenfeindlichkeit

Ein nicht nur lokales, sondern internationales Phänomen

Nicht zu unterschätzende politische, finanzielle und logistische Basis

Demokratische und revolutionäre Aufgaben der kommunistischen Kräfte

Das jüdenfeindliche Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel

I. Wer ist die Hamas und von wem wird die Hamas als Vorbild gesehen

II. Die doppelte Tarnung der Hamas entlarven!

III. Zur Ideologie „Eigentlich schuld sind...“ und der „Kontext“

IV. Unser Hauptfeind, der deutsche Imperialismus

V. Die Solidarität mit der bedrohten und angegriffenen jüdischen Bevölkerung in Deutschland

1. Zum Ausmaß der Judenfeindschaft in Deutschland

2. Theoretische Klarheit und wirksame Aufklärung

3. Praktische Solidarität

VI. Weitere Aspekte im Kampf gegen die Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung

Fünf Argumente, warum der Kampf für die Gründung und Verteidigung Israels 1948 ein großer Sieg war

1. Der Kampf gegen den englischen Kolonialismus

2. Der gerechte Kampf gegen die Aggression der arabischen Feudalstaaten und gegen arabisch-palästinensische reaktionäre Kräfte

3. Warum wurde kein Staat der arabisch-palästinensischen Bevölkerung gegründet, sondern nur Israel?

4. Die Vertreibungen und die Flucht der jüdischen Bevölkerung aus den arabischen Staaten

5. Die Haltung der kommunistischen Weltbewegung zur Gründung des Staates Israel und zum arabisch-israelischen Krieg 1948

Nr. 52

Drei Positionspapiere zum Überfall der Hamas auf Israel am 7.10.2023

Den weltweiten Vormarsch der am Regime im Iran und an der Hamas orientierten internationalen konterrevolutionären Bewegung enttarnen und bekämpfen!

Das jüdenfeindliche Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel

Die Ziele der Hamas:
Die Vernichtung des Staates Israel
So viel jüdische Menschen ermorden wie möglich

Fünf Argumente, warum der Kampf für die Gründung und Verteidigung Israels 1948 ein großer Sieg war



Rote Hefte

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

1 Euro

A5, 60 Seiten, 1 €

Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051,
63020 Offenbach, www.verlag-benario-baum.de
info@verlag-benario-baum.de

Die Broschüre kann beim Verlag auch als PDF heruntergeladen werden. The brochure is also available for download in English, Spanish, Italian, French and Turkish

**FREE GAZA FROM
HAMAS**

**Freilassung aller
Geiseln in Gaza**

**Solidarität mit der
Protestbewegung
in Israel**

Literatur zu diesem Thema:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
www.verlag-benario-baum.de / info@verlag-benario-baum.de

